

# FreibÄrger

Freibergs alternative Zeitung

## Inhalt

Preis: 1/2 EURO

Nummer 54

Februar/März 2007

Seite 1-4

SWG

Zinkeleien

Seite 5

SS-Mörder bleibt

Seite 6

NPD und Landrat

Seite 7-8

Sondergericht Freiberg

Rechter Faltpan

Seite 9-10

Asyl, Hitlerfilm

Leserpost

Seite 11-12

Tootsies & Boggle

Buchtipps

## Editorial

*Geschafft! 100 BesucherInnen pro Tag auf der Homepage von FreibÄrger, das bedeutet über 5000 LeserInnen pro Ausgabe. Die Homepage-BesucherInnen kommen aus aller Welt und es freut uns eine Allerweltszeitung zu sein. Mit steigendem Interesse wächst auch die Zahl der Zuschriften. Wir haben einen Brief unseres langjährigen Lesers Christian Walther veröffentlicht, in dem er uns ein Beispiel für den alltäglichen Rassismus in der Freien Presse zeigt. Eine weitere Mail erreichte uns aus der TU Bergakademie Freiberg, in der Prof. Breitzkreuz auf einen rassistisch motivierten Übergriff auf Doktoranden berichtet. Die Uni erhielt in der letzten Zeit hundertausende von Stiftungsgeldern und ist nicht in der Lage, ihren Gästen aus Übersee eine Sicherheit zu bieten. Unsere LeserInnen und wir wissen, wie das Geld der Uni sinnvoll angelegt werden könnte, um solche Übergriffe zu verhindern.*

Die Redaktion des FbÄ

## SWG: Alter schützt vor Rauswurf nicht!

[fbÄ, paz, r] Die MieterInnen der Kurt-Handwerkstraße 2 im Friedeburger Neubaurviertel sind zornig. Im März 2006 erhielten die BewohnerInnen des „altersgerechten Wohnblocks“ ein Formblatt der „Städtischen Wohnungsgesellschaft“ (SWG), das sie über den baldigen Abriss ihres Wohnblocks infor-



mierte. Der „Altersgerechte“ sticht aus der Masse der Wohnblöcke heraus, denn an ihm wurde seit seiner Übergabe 1990 weder innen noch außen etwas renoviert. Der obligatorische Linoleumboden und die Tapeten im DDR-Stil gehören bis heute zu Innenausstattung. Dennoch sind die meisten BewohnerInnen mit ihrem Heim zufrieden, wenn man davon absehen will, dass die Fenster über die Jahre undicht geworden sind und „es an allen Ecken und Enden reinzieht“ wie der Bewohner Manfred M. sagt. Für die Abrisspläne der SWG gibt es nur noch eine Hürde, die Fördermittelzusage, mit der aber noch in diesem Jahr gerechnet wird. Die SWG ist sich ziemlich sicher bei ihren Geschäften. Mit Widerstand der „Alten Leute“ wird gar nicht erst gerechnet. Warum auch: im Objekt Münzbachtal 2 hat ja auch alles wunderbar geklappt. Die meisten BewohnerInnen haben ihre Wohnungen ohne Gegenwehr verlassen, ein paar aufmüpfige Studenten wurden großzügig abgefunden. Bei den alten Leuten in der Kurt-Handwerk Straße und auch im nahe gelegenen „altersgerechten Wohnblock“ in der Paul-Müller-Straße sieht die Situation etwas anders aus. Die meisten älteren Menschen sind dort hingezogen, um ihren Lebensabend in dem altersgerechten Neubau zu verbringen, elf der fünfzig BewohnerInnen leben schon seit 1990 dort, viele sind zwei oder drei Jahre später gekommen. Ein Bewohner, der erst vor

eineinhalb Jahren einzog, beschwert sich, dass er mehr als eintausend Euro in die Renovierung seiner Wohnung gesteckt hat, um ein halbes Jahr später zu erfahren, dass der Abriss geplant ist. Im Haus hat sich eine feste Gemeinschaft gebildet, man hilft sich, hört einander zu und nimmt die Hürden des

**Ohne Kommentar:**



Frieden

Alters gemeinsam. Die Wohnungen sind zufriedenstellend, relativ klein und billig, es gibt zwei Fahrstühle, einen Aufgang für RollstuhlfahrerInnen und einen Garten hinter dem Gebäude. Die älteren Menschen fühlen sich vom Pflegedienst Schneider gut betreut. Eine Schwester ist die ganze Woche über im Haus. „Wo gibt es so was noch?“ fragt Frau Bedrich, die schon seit 14 Jahren hier wohnt.



Einige der BewohnerInnen sind fast blind, wie die 85jährige Frau Hähnel: „Ich habe mir meine täglichen Wege eingepägt: zu den Freunden, in den Gemeinschaftsraum oder zu den Lieferanten, die mehrmals die Woche kommen.“ Seit der Nachricht über den Abriss gibt es kaum noch ein anderes Thema im Haus, einige der BewohnerInnen haben Schlafprobleme, aber kaum einer möchte seine Wohnung aufgeben. Inzwischen stehen schon acht Wohnungen leer, weil die SWG seit der Abrissverkündung die Wohnungen nicht mehr neu belegt. Fast alle BewohnerInnen haben eine Petition gegen den Abriss unterschrieben, man hat Briefe an die SWG und die Stadtverwaltung geschrieben. Aber es ist nicht viel passiert. Auf Anfrage der BewohnerInnen kam die Mitarbeiterin der SWG, Frau Scharkus, zu einem

Informationsgespräch und war, laut Aussage der BewohnerInnen, mit den bohrenden Fragen sichtlich überfordert. Vor allem auf die Frage, wohin man denn gehen soll, konnte sie keine Antwort geben. Unbestritten sind die Folgen eines möglichen Umzugs, da sind sich die BewohnerInnen einig: aus der Gemeinschaft gerissen und in einer vollkommen neuen Umgebung werden viele die Folgen des Umzug gesundheitlich nicht verkraften.

**Wem nutzt der Stadtbau?**

So entpuppt sich der „Rückbau Ost“ als Vernichtung von preisgünstigem Wohnraum, bei dem fälschlicherweise vom Abriss leer stehender Wohnungen in Sachsen gesprochen wird. Sein Verlauf verlangsamt sich: „Es zeichnet sich ab, dass die Wohnungswirtschaft statt der durchschnittlich etwa 14.000 Wohnungen künftig wohl nur noch maximal 10.000 Wohnungen pro Jahr abreißen kann“, erklärte der Pressesprecher des sächsischen Innenministeriums, Lothar Hofner, Ende Dezember. Der Schwindel vom Abriss leer stehenden Wohnraums hat seine spezifisch sächsische Erklärung gefunden, die kritiklos von der bürgerlichen Presse übernommen wird: „Da der Leerstand nicht mehr so konzentriert sei, müssten oftmals erst einzelne Wohnblöcke gezielt leer gezogen und die Mieter zum Umzug bewegt werden.“ Da manche Menschen sich nicht so einfach „leer ziehen“ lassen, gestaltet sich der „Rückbau Ost“ schwierig. Im abgelaufenen Jahr wurden laut Innenministerium bis Ende Oktober 9312 Wohnungen vom Markt genommen. Für die Städtische Wohnungsgesellschaft Freiberg (SWG) sind der Stadtbau und die Sanierung im Gebäudebestand Schwerpunkte der künftigen Arbeit. Seit dem 1. Januar ist die Wohnungsgesellschaft keine 100%ige städtische Tochter mehr. Dem „Bauverein AG Darmstadt“ gehören nun 49 Prozent Anteile der Gesellschaft. Die Darmstädter Beteiligung möchte der Geschäfts-

führer der SWG, Marcel Sonntag, dazu nutzen, um an „die Erfolge der vergangenen Jahre“ anzuknüpfen, wie er der „Freien Presse“ mitteilte.



Er hegt die Hoffnung, dass spätestens 2025 alle Schulden – das sind die Erfolge der vergangenen Jahre – gegenüber Darmstadt abgezahlt sind. Der gewiefte Immobilienexperte, Jurist und frühere Berater beim ehe-

**Stadtbau Ost**

Das Bund-Länder-Programm „Stadtbau Ost“ wurde 2002 eingeführt, um dem Leerstand in den neuen Bundesländern entgegenzuwirken. Über das Förderprogramm Stadtbau Ost und über das Landesrückbauprogramm stellten Bund und Freistaat bisher mehr als 200 Millionen Euro für Wohnungsabriss bereit. Der Bestand reduzierte sich dadurch um rund 60.000 Wohnungen. Nach Angaben der für die Fördermittelvergabe zuständigen Sächsischen Aufbaubank waren knapp 60 Prozent der abgerissenen Häuser erst nach 1971 errichtet worden. 18 Prozent der mit Stadtbau-Ost-Fördermitteln abgerissenen Gebäude stammten aus den Baujahren 1918 bis 1948. Bis 2009 stehen rund 2,5 Milliarden Euro für Aufwertungs- und Abrissmaßnahmen zur Verfügung. In Sachsen sind Dreiviertel aller Städte ab 10.000 Einwohner Programmkommunen. Für den Abriss nicht benötigter Häuser bekommen die Städte 70 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche.

maligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU) – nicht eben berühmt durch kluge Wohnungspolitik – steht voll und ganz hinter dem Abriss des „Altersgerechten“. „Dieses Gebäude“, verkündete er, „ist so sanierungsbedürftig, dass die Investitionen viel zu hoch wären.“ Diese Aussage entspricht dem Propagandastil der SWG, mit dem alles schön geredet wird, was eigentlich zum Himmel stinken müsste. Schließlich wurde nach Auskunft der MieterInnen nie etwas am Haus vonseiten der SWG (Vermieterin) getan. Im Gegenteil, die SWG hat darauf



gesetzt, dass die MieterInnen schon selber etwas tun, um sich ihr Heim so gemütlich wie möglich zu gestalten. Nach 15 Jahren sind die angefallenen Sanierungskosten dermaßen gestiegen, dass sich nur noch ein Abriss lohnt, der selbstredend auch von staatlichen Subventionen abhängt. Kein Zweifel, Marcel Sonntag kennt die Höhen und Tiefen des Wohnungsmarktes. Der Vorsitzende des Freiburger Mietervereins, Dr. Klaus-Dieter Mund, hat sich die Nöte der BewohnerInnen des „Altersgerechten“ angehört. Ihm ist es unverständlich, dass ein so gut bewohntes Haus „platt“ gemacht wird. In seiner „Freiburger Erklärung“ forderte der Mieterverein bereits 2001, dass es keinen Abriss von Wohnungen zu Lasten der Mieter geben dürfe. „Der Abriss von Wohnungen“, heißt es in der Erklärung, „darf nur im Rahmen integrierter Stadtentwicklungskonzepte erfolgen und muss

**SWG – Städtische  
Wohnungsgesellschaft  
Freiberg/Sa. mbH**

**verein(t)\***  
BESSER WOHNEN

Für die Städtische Wohnungsgesellschaft Freiberg/Sa. steht der obige Unternehmensversprechen auch zugleich Anspruch. Diese Wahrheit ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Als kommunaler Vermieter erfüllen wir einmalt den Bedarf nach angemessenen Wohnraum. Wir verstehen es aber anstrengt auch als unsere Aufgabe, das Leben und Wohnen für alle Generationen so angenehm wie möglich zu gestalten.



Die SWG-Wohnungen bestanden

## Presserechtliche Gegendarstellung

Sehr geehrte Damen und Herren, in o. g. Angelegenheit zeige ich an, daß ich Herrn Stefan Zinkler, Goethestraße 5, 09569 Oederan, anwaltschaftlich veretre. Ordentliche Bevollmächtigung wird versichert. Ich habe Sie aufzufordern, gemäß Sächsischem Presserecht folgende Gegendarstellung in Ihrer nächsten Ausgabe an entsprechender Stelle zu veröffentlichen:

## Gegendarstellung

In der Ausgabe des FreibÄrger, Nr. 53 für den Dezember/Januar 2007 unter der Überschrift „CDU ist nicht sozial!“ wird behauptet: „Der 2. Kreisbeigeordnete Zinkler hatte Jahns Änderungsantrag ins Lächerliche gezogen, indem er in seiner Gegenargumentation zur allgemeinen Belustigung ellenlange Preislisten von Umstandsmoden und Artikeln des Kleinkinderbedarfs verlaß“. Dies ist falsch. Richtig ist, daß der 2. Kreisbeigeordnete Zinkler auf den Änderungsantrag des Herrn Jahn hin den Kreisräten im einzelnen mitgeteilt hat, welche Be-

darfsgegenstände mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Pauschalbeträgen für Sonderausstattung für Schwangere und junge Mütter erworben werden können. Damit konnte nachgewiesen werden, daß die von der Verwaltung vorgeschlagenen Pauschalbeträge ausreichend sind und eine Aufsteckung der Leistungen im Sinne des Antrages des Herrn Jahn nicht erforderlich ist. Es handelte sich deshalb bei den Äußerungen des 2. Kreisbeigeordneten Zinkler nicht um eine „Lächerlichmachung“ des Antrages von Herrn Jahn, sondern um die korrekte Information der Kreistagsmitglieder. Erst durch diese Aufzählung wurden die Kreisräte vollständig informiert und konnten über den Antrag des Herrn Jahn sachgerecht abstimmen.“

Ich darf Sie bitten, diese Gegendarstellung in der nächsten Ausgabe zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Bernhauer

Rechtsanwältin (Fehler im Original!)

## Neue Zinklereien

[fbÄ] Kreisrat Jens-Eberhard Jahn (Linkspartei.PDS) ist sprachlos! Auch er bekam eine anwaltliche Abmahnung von RAin Bernhauer (CDU) mit der Aufforderung, die Erklärung, der 2. Beigeordnete des Landkreises Freiberg, Stefan Zinkler (CDU), habe seinen Antrag nach mehr Unterstützung sozial schwacher Neugeborener ins Lächerliche gezogen zurückzunehmen und eine entsprechende Erklärung im nächsten Kreistag abzugeben. Kreisrat Jahn fühlt sich von dieser Reaktion durch den Verwaltungsbeamten zensiert. FreibÄrger druckt die Gegendarstellung gemäß dem sächsischen Presserecht ab und hat sich parteiübergreifend bei mehreren Kreisräten erkundigt, die allesamt zugaben, beim Vortrag des Herrn Zinkler geschmunzelt bzw. gegrinst zu haben. Deshalb kann der Beitrag in unserer Zeitung auch nicht zurückgenommen werden, in dem wir die Meinung des Kreisrats Jahn abdruckten. Wir fragen uns inzwischen, was den Kreisbeigeordneten Zinkler herumtreibt. Die neueste Zinklerei, erreichte den FreibÄrger aus Mittweida. Sie unterstreicht unsere Sorge um die Qualitäten der hiesigen Verwaltungsspitze. Herr Zinkler hat sich bei dem potentiellen neuen Landrat des zukünftigen



Landkreises "Mittelsachsen" als "Denunziant" angedient. Für dieses Verhalten - er soll dem Landrat Schramm (CDU) angeboten haben, ihn über die Schwachstellen in der augenblicklichen Kreisverwaltung des Landkeis Freiberg zu informieren- soll er inzwischen von Landrat Uhlig gemäßregelt worden sein. Schöne Geschichten aus dem Leben eines Verwaltungsbeamten, der eigentlich besseres zu tun hätte als nach Preislisten des OttoVersands zu surfen und KollegInnen anzuschwärzen. Wir warten auf Ihr nächstes Schreiben, Frau RAin Bernhauer!

die Ausnahme bleiben.“ Von einem Stadtentwicklungskonzept kann in Freiberg wohl keine Rede sein, wenn beim Abriss von Wohnungen auf mögliche Fördermittel spekuliert wird. Die Frage, wem die Abrisse nützen, hilft ein klein wenig weiter. Nach Recherchen des FreibÄrger soll das Gelände, auf dem das „Altersgerechte“ noch steht, dem in der Nähe gelegenen Seniorenheim „Johanna Rau“ zukommen. Dort, das weiß mensch in Freiberg, werden alte Menschen für teures Geld untergebracht.



**Alles nur Propaganda....?**

*Altersgerechtes Wohnen  
Wohnen im Alter ist stets ein besonderer Anspruch. Sowohl für unsere Mieterinnen und Mieter als auch für uns als Wohnungsunternehmen.[...] Eine unserer vorrangigen Aufgabe ist es, vor allem preiswerten Wohnraum in Verbindung mit der Vermittlung altersgerechter wohnbegeleitender Betreuungsleistungen anzubieten. [...] Um unseren Mieterinnen und Mietern auch in Zukunft notwendige Sicherheit zu bieten, um gut und trotzdem preiswert betreut zu wohnen, wurden bereits zahlreiche Anstrengungen unternommen. Besonders in unseren Großwohngebieten Friedeburg und Wasserberg sind die Voraussetzungen für ein rundum Betreutes Wohnen im Alter gegeben. [...] Unter der Devise „Gut betreut auch im Alter in der eigenen Wohnung leben“ haben wir uns mit kompetenten Dienstleistern zusammengeschlossen. Ganz nach Ihren individuellen Wünschen und Möglichkeiten können Sie sich zukünftig ein eigenes Betreuungspaket zusammenstellen. [...] Nicht zu unterschätzen bei der Betreuung in der eigenen Wohnung ist der Vorteil, dass das gewohnte Wohnumfeld, die Nachbarn und Freunde erhalten bleiben. [...] Aus dem Magazin der SWG: Wohnzeit 2 (2006)*

**Standpunkt des Mietervereins Freiberg und Umgeb. e.V., Deutscher Mieterbund.**

Eine Wohnung ist auch im Kapitalismus Wirtschaftsobjekt **und** Sozialobjekt. Betriebswirtschaftliche Entscheidungsfindung ist Kosten- bzw. Ergebnis orientiert. Deshalb muß die Kommune, müssen die Politiker den Sozialaspekt zur Wirkung bringen. Mit einem Abrissplan von 334 altersgerechten Wohnungen in Freiberg = ein Drittel der überhaupt geplanten Abrisswohnungen besteht zu Lasten der alten, schwachen und kranken Bürger eine soziale Schieflage. Wo bleibt hier die sozial steuernde Hand der Stadtvertreter? Solche Entscheidungen gehen total am Erfordernis vorbei, dem steigenden Alter unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen! Und ganz konkret stürzt man die Bewohner der Handwerkstraße 2 in einen unzumutbaren Streß. Sie glaubten, ihre letzte Wohnung im Leben zu beziehen und dort in aller Ruhe ihren Lebensabend zu verbringen. Sie waren tw. vor nicht allzu langer Zeit erst eingezogen und hatten sich ihre Wohnung alters- und wunschgerecht gestaltet. Alles umsonst?? Da es sich um „betreutes Wohnen“ handelt, wird sichtbar, um welche schwachen Mitglieder unserer Stadtbevölkerung es sich handelt. Sie können sich allein nicht wehren und zucken bei jedem Schreiben der SWG zusammen. Ein Umzug ist eine Horrorvorstellung für diese Menschen –begreift denn das niemand? Sie wollen gar keine besondere Standardmodernisierung – sie sind zufrieden mit dem, was sie haben. Auch die Miete ist noch gerade so erschwinglich – der Umzug in modernere Quartiere wird auch teurer. Es ist unmenschlich, diese Menschen wie auf einem Verschiebehahn ohne Rücksicht auf ihren Zustand und ihr Wollen in eine für die SWG günstigere Kostensituation zu schieben. Deshalb: Hände weg von der Kurt-Handwerk-Str. 2, alle Freiburger Bürger, Vereine und Organisationen mit Sozialem Anspruch müssen sich für diese alten hilflosen Menschen einsetzen. Der Mieterverein Freiberg wird allen, die das wollen, seine helfende Hand reichen und ruft das Oberbürgermeisteramt und alle Politiker auf, die gefassten Beschlüsse zu überdenken und die Menschen in diesem Haus in Ruhe zu lassen. Wir wenden uns dagegen, erforderliche Reparaturen im Haus nicht mehr machen zu können und mit teuren Modernisierungen den Menschen Angst zu machen. Fördermittel für den Abriss eines mit 65 Mietparteien alter Leute bewohnten Hauses im betreuten Wohnen einzusetzen, ist ein Handeln am Geist von Fördermittel für den Stadtumbau Ost vorbei, degradiert Wohnungen zum reinen Spielball betrieblicher Kostenpolitik. Das muss verhindert werden. Sichern wir im Sinne der Bewohner und unseres Anspruchs auf menschliches Handeln dieses Sozialobjekt.  
Mieterverein Freiberg, Dr. Klaus-Dieter Mund, Freiburger Str. 5, 09600 Oberschöna, GT Kleinschirma. Tel., AB, Fax: 03731-247727

**Mahnwache**

am 16. März 2007

**Stoppt den Abrisswahnsinn!**

17. 30 Uhr

**vor dem "Altersgerechten Wohnen",  
Kurt Handwerkerstraße 2**

*Neuer Frühling für Altersgerechtes Wohnen!*

**FreibÄrger Jugendinitiative "buntes leben"**



Polizisten verhindern Übergabe eines Reisegutscheins:

## SS-Mörder bleibt im Seniorenheim "Johanna Rau"

[fbÄ, mad] Unter dem Motto „Netter Opa von nebenan? Schluss mit dem Schutz für NS-Täter!“ veranstalteten AntifaschistInnen in Freiberg bereits zum zweiten Mal einen Infostand auf

ber Antifaschisten wegen der Herstellung und des Vertriebs von durchgestrichenen Hakenkreuzen verurteilt, ermittelt gegen Alfred Concina und andere in Italien bereits zu lebenslanger Haft verurteilte SS-Mitglieder. Nach Meinung Häußlers sei das im Juristenjargon so genannte „Mordmerkmal“ der besonderen Grausamkeit der SS-Terroraktion in St' Anna di Stazzema noch nicht zweifelsfrei erwiesen, so dass noch keine Anklage erhoben werden könne. Zur Erinnerung: Am 12. August 1944 überfielen Angehörige der 16. Panzergrenadier-

derischen SS-Terror. Im Anschluss an die jetzige Infostandveranstaltung wollten die Veranstalter dem strafflüchtigen Alfred Concina einen Besuch im Altenheim abstatten. Ziel war jedoch nicht, wie vielleicht von Verharmlosungs-Heinze oder Prozessverschleppungs-Häußler gewünscht, ein Plausch über die guten alten Zeiten. Nein, Concina sollte einen Gutschein für eine Reise entweder ins italienische Milano oder nach Stuttgart erhalten. In Milano könnte er direkt seine Strafe antreten und somit Oberstaatsanwalt Häußler weitere zeitraubende und beschwerliche Ermittlungen ersparen. In Stuttgart wäre bestimmt noch eine U-Haft-Zelle frei. Einer Delegation, die Concina persönlich den Gutschein überreichen wollte, wurde jedoch der Zutritt zum städtischen Seniorenheim in Freiberg verwehrt. Eine genauso dienstefrig wie grimmig dreinschauende Altenpflege-Schwester verriegelte die Tür und verkündete, dass Concina keinen Besuch wünscht. Auf die Frage, warum die Tür verriegelt wurde, hieß es: „Damit nicht die ganze Bagage reinkommt“. Gemeint waren die etwa 20 TeilnehmerInnen des Infostandes, die auf der Straße vor dem Altenheim warteten. Auch die Entgegen-



der Petersstraße. Anlass gab ein bundesweiter Aktionstag bezüglich der skandalösen Prozessverschleppung gegen den ehemaligen Waffen-SSler Alfred Mathias Concina (86). Concina der 2004 aufgrund seiner Beteiligung am Massaker an 560 BewohnerInnen des italienischen Dörfchens St' Anna di Stazzema von einem italienischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, verlebt im Freiburger Altenheim „Haus Johanna Rau“ einen ruhigen Lebensabend. Neben Concina verurteilte das italienische Gericht noch 9 weitere SS-Mitglieder zu lebenslanger Haft, von denen in der Zwischenzeit zwei verstarben. Dass Concina und die anderen verbliebenen, rechtskräftig Verurteilten, noch immer nicht hinter Schloss und Riegel sitzen, liegt an Artikel 16 des Grundgesetzes: „Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden.“ Um Concina & Co. dennoch in den Knast zu bringen, gibt es regelmäßig bundesweite Aktionstage, an denen durch Infostände und Demonstrationen auf die skandalöse Prozessverschleppung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft aufmerksam gemacht wird. Jene Staatsanwaltschaft, deren Chef Häußler lie-

division „Reichsführer SS“ das kleine italienische Dörfchen St' Anna di Stazzema, trieben alle Einwohner, die nicht rechtzeitig fliehen konnten in eine Kirche, setzten diese in Brand und erschossen jede und jeden, die (der) dem Flammentod zu entkommen versuchte. Bereits wie bei der vorangegangenen Demonstration am 22. Dezember 2005 bzw. einem Infostand am 6. Mai 2006 waren die Reaktionen der FreiburgerInnen geteilt. Einige machten aus ihrer Ablehnung keinen Hehl und sahen in denjenigen, die auf faschistische Verbrechen aufmerksam machen die wahren Verbrecher: „Die Linken, das sind die Schlimmsten. Viel Schlimmer als die Rechten“. Andere forderten dazu auf „...den armen Mann endlich in Ruhe zu lassen.“ Es gab jedoch auch aufmunternde Worte bei Alt und Jung. Der ehemalige Freiburger Oberbürgermeister und Freund von Burschenschaften, Konrad Heinze (CDU), zeigte sich diesmal nicht. Beim vorangegangenen Concina-Infostand am 6. Mai 2006 ließ es sich der brave Bürger Heinze nicht nehmen, seiner Schlussstrichmentalität unverhohlen Ausdruck zu verleihen. „Ihr seid mir viel zu radikal“ verharmloste Heinze den mör-



Am 9.12. wurden anlässlich des bundesweiten Aktionstags gegen in Italien verurteilte SS-Mörder an Brücken der wichtigsten Ausfallstraßen in Freiberg Transparente gehängt.

nahme des Gutscheins zum Zwecke der späteren Aushändigung an Concina wurde kategorisch abgelehnt. Zunächst erstmal müsse die Heimleitung verständigt werden. Unmittelbare Folge der Rücksprache mit der Heimleitung war das prompte Erscheinen eines Streifenwagens der Polizei, dessen Kommen sich mit Sirenengeheul ankündigte. Das derartige Schnelligkeit nicht selbstverständlich ist, zeigt folgender Vergleich. Im April 2000 überfielen Nazis den Freiburger Jugendtreff Pi-Haus. Die zu Hilfe gerufene Polizei benötigte 15 Mi-

nuten um von der nur 150 Meter entfernt liegenden örtlichen Polizeistation bis zum Pi-Haus zu gelangen. Angeblich musste, so die Begründung damals, erst Verstärkung herbeigeholt werden. Das war im Falle Concina nicht mehr nötig. Unmittelbar nach Eintreffen des Streifenwagens traten aus der Eingangstür des Heims ca. 13 teilweise mit Schlagstöcken bewaffnete Polizisten. Diese hatten offensichtlich das Altenheim über einen Hintereingang betreten. Die nunmehr von zwei Seiten eingekreiste Delegation wurde aus dem

Vorraum gedrängt und ein Teilnehmer zur Löschung von Fotos aufgefordert, die den völlig überzogenen und skandalösen Polizeieinsatz dokumentieren sollten. Ein Teil der Teilnehmer-Innen wurde beim Rückzug in die Stadt von der Polizei gekesselt und musste die Personalien angeben. Trotzdem und gerade deshalb: SS-Concina, wir kommen wieder! Kein Vergeben! Kein Vergessen!

## NPD-Ausstellung im Landratsamt?



Landrat Uhlig (li.), oben: Sandro Kempe (li) im Gespräch mit Hauptkommissar Scharkus vor dem Einzug in den Kreistag.

Links: Alexander Kleber (JLO), Anmelder des größten Nazi-Aufmarsches in Dresden 2005, zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der NPD, Udo Voigt.

[fbÄ, jh] Der Fraktionsvorsitzende der sächsischen NPD, Holger Apfel, kündigte für den Beginn des Jahres 2007 eine Informations-Offensive der NPD-Fraktion in allen Teilen Sachsens an, um die NPD nach den Skandalen um ihre beiden Abgeordneten Menzel und Paul wieder in ein besseres Licht zu rücken. Menzel flog aus der Fraktion, weil die Parteiführung nicht seine Finanzgebahren nicht mehr dulden wollte, Paul hatte sich nach polizeilichen Funden von Kinderpornomaterial selbst aus der Partei katalpultiert. Der Rest von acht Abgeordneten soll nach Apfel sich darum bemühen, die sieben Prozent der NPD-WählerInnen in Sachsen bei der Stange zu halten. "Diese Zustimmungswerte", so Apfel in einer Presseerklärung, "müßten trotz der aktuellen Turbulenzen gehalten und weiter ausgebaut werden." Kein Wunder, wenn nun auch der Freiburger Vasall von Apfel, Kreisrat Sandro Kempe, langsam erwacht. Stell-

te er in den zurückliegenden 2 Jahren nur eine Anfrage und meldete sich darüber fast nie zu Wort, so waren es in der Kreistagssitzung vom 2006 gleich vier Anfragen. Die ersten drei waren nicht wirklich brisant - da ging es u.a. um Weißenborner Eltern, die einen anderen Kindergartenplatz benötigen. Interessant war allerdings die Anfrage nach einer Ausstellung im Landratsamt. Kreisrat Kempe bemängelte die einseitige Ausrichtung zweier Ausstellungen, die an Verbrechen der Nationalsozialisten erinnerten. Deshalb sei es an der Zeit, so Kempe, auch eine Ausstellung über Vertreibung, möglicherweise in Zusammenarbeit mit dem Bund der Vertriebenen, im Landratsamt zu zeigen. Auf die Anfrage an ihn antwortete Landrat Uhlig (AUW) mit einem klaren JA, wenn die Ausstellung die Tatsachen der Geschichte widerspiegeln und weiter: "Sehen Sie, ich war auch nicht nur in KZ-Gedenkstätten, habe mich nach der

Wende vor Ort ebenso über die Verbrechen des NKWD informiert. Ich stehe politisch in der Mitte!" Die Reaktion von Nazi-Kempe, der sich in einschlägigen Kameradschaftsforen als übelster Antisemit outete, erfolgte prompt: „Ich war auch in Auschwitz und andernorts und habe mich informiert. Nun aber noch eine ganz persönliche Nachfrage an Sie, Herr Landrat: Würden Sie eine solche Ausstellung auch unterstützen können, wenn ich bei den Vorbereitungen mitmache?“ Im Fußball nennt mensch so etwas Steilvorlage allererster Sahne. Für Freiberg könnte das bedeuten, dass ehrenwerte Personen wie Herr Unfried vom Bund der Vertriebenen, zusammen mit dem JLO-Vorstandsmitglied und bekennenden Nazi, Alexander Kleber, im Verbund mit NPD-Kempe im Landratsamt eine Ausstellung mit entsprechender brauner Begleitmusik organisieren. Schönes weltoffenes Freiberg!

## "Panzer der Rechtspflege": Das Freiburger Sondergericht

[fbÄ-hc] Kaum an der Macht schufen die Nationalsozialisten eine Verordnung, wonach an jedem Oberlandesgericht ein Sondergericht einzurichten ist. Insgesamt gab es 26 davon. Ihr Sinn und Zweck war die Kontrolle und die Ausschaltung der politischen Gegner sowie von Personen, die sich negativ gegenüber der NS-Regierung äußerten. Um diesen „Elementen“ einen schnellen Prozess machen zu können, verzichtete man auf einen Eröffnungsbeschluss des Gerichts, eine gerichtliche Überprüfung der Anklage, verkürzte die Ladungsfrist der Angeklagten auf 3 Tage bis minimal 24 Stunden vor der Hauptverhandlung. Die Pflichtverteidigung wurde nur noch in schweren Fällen zugelassen und Vernehmungen wurden gar nicht erst protokolliert, was z.B. eine Aufarbeitung der Urteile nach Kriegsende so gut wie unmöglich machte. Spärlich vorhandenen Akte wurden zum großen Teil systematisch vernichtet. Das sondergerichtliche Urteil wurde sofort rechtskräftig, da jegliche Rechtsmittel ausgeschlossen waren. Der Präsident des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, nannte die Sondergerichte „Panzertruppe der Rechtspflege. Sie müssen ebenso schnell sein wie eine Panzertruppe, sie sind mit ebenso großer Kampfkraft ausgestattet. Kein Sondergericht kann sagen, daß der Gesetzgeber ihm nicht genügend Kampfkraft gegeben habe.“ Für die Bevölkerung waren die Sondergerichte seit 1940 „Standgerichte der inneren Front“. Die Kapazitäten der 26 Gerichte waren bald völlig erschöpft, so dass man 1943 die Zahl der Sondergerichte auf 55 erhöhte, in dem an jedem Landgericht ein solches Gericht eingerichtet wurde. Das erste sächsische Sondergericht entstand in Freiberg 1933, das 1940 geschlossen wurde, als Leipzig und Dresden ein Sondergericht erhielten. Im folgenden dokumentiert FreibÄrger einige Urteile des Freiburger Sondergerichts, nachzulesen in Polizeiakten und den "Deutschland-Berichte(n) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)". Wegen einer Beteiligung an einer Schlägerei mit Nazis vor dem Heidenauer Arbeitsamt am 28.2. verurteilte das Freiburger Sondergericht die Heidenauer Arbeiter **Max Kuske** zu 2 Jahren, **Robert Müller** zu 2 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus, **Kurt Petters** zu 1 Jahr, 3 Monaten, **Kurt Ziesche** zu 1 Jahr Gefängnis. Kuske und Müller wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt. Das gleiche Gericht verurteilte **Alfred Pönisch** wegen „Verbreitung kommunistischer Druck-

schriften“ zu 7 Monaten Gefängnis und den für mehrere Monate flüchtig gewesenem ehemaligen Stadtverordnetenvorsteher **Fritz Ehrlich**, der in Pockau-Lengefeld verhaftet werden konnte, als „Kurier mit kommunistischen Schriften“ zu einem Jahr Gefängnis. Aus: Polizeiakten (PA), 25.5.1933, S.2.; PA, 3.8.1933, S.7.; PA, 5.8.1933, S.7.; PA, 2.9.1933, S.10. März 1935 Das Sondergericht Freiberg verurteilte **Karl Voigtländer** aus Dresden zu 10 Monaten Gefängnis, weil er während der Arbeit in politischen Gesprächen gegen die Reichsregierung, durch Aufstellung unwahrer Behauptungen, gehetzt hatte. Das Sondergericht Freiberg verurteilte **Johannes Hof** aus Dresden zu 8 Monaten Gefängnis, „weil er öffentlich gegen Ministerpräsident Göring gehetzt hatte“. **Albin Strobel** aus Leubnitz erhielt ein Jahr und zwei Monate Gefängnis, weil er „gegen Frauen in schlüpfrigen Gesprächen unseren Führer in der gemeinsten Weise“ verleumdet hatte. Das Sondergericht Freiberg verurteilte wegen „Verleumdung des Führers“ **Max Kaufmann** zu einem Jahr Gefängnis. **Georg Huscher** aus Döbeln zu neun Monaten Gefängnis und den früheren Kommunisten **Kurt Freitag** - Kirchberg zu sechs Monaten Gefängnis. Vom Sondergericht Freiberg wurde **Susanne Jentsch** aus Dresden wegen eines Briefes an ihren Bruder nach Basel, in dem sie geschrieben hatte, „in Deutschland bestände eine unerhörte Verschlechterung der Nahrungsmittel usw.“ zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Sondergericht Freiberg verurteilte wegen „gemeinster Lügen gegen die Reichsregierung und unseren Führer“ **Anton Kattner** aus Rähnitz-Hellerau zu 7 Monaten Gefängnis, **Max Sieber**, Hintersgersdorf, zu 8 Monaten Gefängnis, **Richard Bock**, Glashütte, zu 6 Monaten Gefängnis und **Heinrich Westphal** aus Siebenlehn zu 9 Monaten Gefängnis. Das Sondergericht in Freiberg verurteilte wegen „Beleidigung der Reichsregierung“ **Friedrich Penning** aus Dresden zu 10 Monaten Gefängnis und den früheren Kommunisten **Harry Zornig** aus Reichenbach zu 8 Monaten Gefängnis. Der Arbeiter **G. J.** aus K. wurde aus der Haft vorgeführt. Er hatte am 18. Februar in einer Schankwirtschaft die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne alle viel zu niedrig wären und wenn die Arbeiter zur Macht gekommen wären, so hätten wir bessere Zeiten. Dafür bekam er einen Strafbefehl über drei Monate Gefängnis, wogegen er Einspruch erhob. Das Urteil blieb auf drei Monate bestehen. Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen. **Kurt Gr.** in Reinsdorf hatte einen Strafbefehl über drei Monate Gefängnis erhalten, wogegen er

Einspruch erhob. Am 21. März war Gr. zur großen Kundgebungsrede des Führers nicht auf seiner Arbeitsstätte erschienen. Als er darauf vom Steiger zur Rede gestellt wurde, tat Gr. abfällige Äußerungen über die Regierung und sprach sich auch beleidigend über die SA. und NSBO. aus. Wegen Verstoß gegen den § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. 3. 33 wurde Gr. mit 6 Wochen Gefängnis bestraft. Vom Sondergericht Freiberg wurde **Willi Höhnelt** aus Riesa wegen eines Briefes an seinen Sohn in Kanada zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der 63 Jahre alte Angeklagte hatte in dem Brief „ein ganzes Bündel Behauptungen, die nicht nur unwahr sind, sondern zum großen Teil geradezu sinnlos anmuten“, aufgestellt und mußte deswegen nach neuem deutschen Recht als alter Mann noch auf ein Jahr ins Gefängnis. Ein polnischer Staatsangehöriger in Dresden schrieb einen Brief ins Saargebiet. Er hatte darin die Behandlung der Volksgenossen durch Dienststellen der NSDAP und die Verpflegung von Saarkindern kritisiert. Er wurde zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Sondergericht in Mutschmannparadies verurteilte eine Anzahl Volksgenossen, die in Briefen an Bekannte im Ausland über Zustände im Dritten Reich berichtet haben. So erhielt ein 30-jähriger gewisser Johann in Leipzig 5 Monate Gefängnis, weil er in einem Brief an Freunde in Wien berichtet hatte, daß in Deutschland jeder, der seiner Unzufriedenheit Ausdruck gibt, vor den Richter komme. - Ein Kurt Walter aus Eibenstock hatte an einen Bekannten in Saarbrücken über Zustände beim Arbeitsdienst und über die Ächtlosmachung des deutschen Arbeiters geschrieben. Der Briefschreiber erhielt 10 Monate Gefängnis. **Rudolf E.** in Wilkau-Hasslau hat am 24. März verschiedene SA-Leute gröblich beleidigt. Er hatte sich damit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vergangen und erhielt durch Strafbefehl 4 Wochen Gefängnis. Er erhob Einspruch, das Gericht bestrafte ihn aber wiederum mit 4 Wochen Gefängnis. Gegen den 46-jährigen **F.S.** aus Zwickau hatte das Amtsgericht Zwickau 3 Wochen Gefängnis verhängt, weil er im angetrunkenen Zustand in einem hiesigen Lokal sich mehreren Gästen gegenüber dahin geäußert hatte, daß die Beamten, die nicht SA oder SS sind, als Menschen zweiter Klasse betrachtet werden. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Strafe wurde auf drei Monate Gefängnis erhöht.

# Faltplan führt Besucher ...



Werbung für Waffen und Nazikram

## ...auf den rechten Pfad

[fbÄ, sg] Ja, Sie haben sich gerade aus der Apotheke am Mühlteich einen kleinen Faltplan geholt. Sie wollen ja schließlich wissen, wo es lang geht in Freiberg. Ihr Faltplan ist überaus informativ. Seine Herstellung wurde von allerlei Firmen und Unternehmungen wie Cafes und Kneipen über Anzeigen finanziert [der FreibÄrger im übrigen nicht] und vom Werbe Service Huber aus Burgstädt herausgegeben. So erfahren Sie auf Ihrer Suche nach Sehenswürdigkeiten gleich etwas über die Konsum- und Vergnügungsorte in der Silicium-Stadt. Wenn Sie Ihren Parkobulus in einen der Reuter-Automaten entrichtet haben, der Name rührt vom hiesigen Stadtplaner, der auf solche Automaten schwört, dann können Sie jetzt ihre Fußwegroute antreten. Sie sind neugierig geworden, weil Sie im kleinen Exposé des Faltplans ein besonderes Hinweiszeichen entdeckt haben - eine Mixtur aus Germanenrunen und modernem Style. Sie folgen dem Hinweis und stehen plötzlich vor dem Lieblingsobjekt der Freiburger Oberbürgermeisterin, dem Schloss Freudenstein. Ja, Sie haben schon richtig bemerkt, auf dem Weg durch die Stadt haben Sie keinen vernünftigen Treffpunkt für Jugendliche gefunden und Sie haben sich gemerkt in Freiberg gibt's für jeden Stein ein Zuhause, da fällt die Jugend schon mal raus. Der Hinweis im Faltplan galt aber nicht dem Schloss. Sie müssen sich umdrehen und schon erblicken Sie das favorisierte Objekt des Stadtplans : einen Waffenladen, in dem Sie eindeutig rechtsradikale, rassistische Produkte finden. Nein, nie würden Sie ihrem Sohn einen Stoff

Im Stadtplan das Thor Steinar Logo



kaufen, auf dem "White Power" zu lesen ist oder die Insignien für "Heil Hitler" in Form des Zahlencodes "88". Sowiessen Sie Ihren Kindern keine Klammotten der Marke "ThorSteinar", schließlich findet ja in Ihrem Wohnzimmer kein Nazi-Aufmarsch statt, wie in Dresden am 13. Februar, der auch als Modeschau der Thor-Steinar Händler durchgehen könnte. Sie wundern sich, wer alles mit diesem Faltplan die Werbung für den Waffen-Army-Shoes unterstützt. Sie fragen gleich mal beim nächsten Einkauf oder Gaststättenbesuch nach bei: A.T.H. Roland Richter, Erbische Straße 2; Allianz-Versicherung, Bahnhofstr. 41; Andreas Pötzsch, Schulweg 13, Wegfarth; Anruf-Sammel-Taxi Stadt Freiberg; Antik-Cafe, Waisenhausstraße 7; Autohaus Winter, Häuersteig 29; Berger-Franken-stein Dienstleistungen, Bahnhofstraße 5; Boa vista, Herderstraße 3; CJD Chemnitz, Himmelfahrtsgasse 20; Cosmea, Dörnerzaunstraße 1; Dental Labor Herzog Gentsch; Der Tintenladen, Bahnhof 20;

Enjoy, Am Untermarkt 18; Ferry's Ungarnladen, Petersstraße 21; Funk-Taxi-Service, Roter Weg 39; Hallo Pizza, Karl-Kegel-Straße 20a; Holzmarkt Freiberg, Dresdner Straße 33; Jupiter's, Weingasse 29; KreativZentrum, Chemnitzer Str. 35c; Lederwaren May, Enge Gasse 2; Meissner 29 - Restaurant; Orthopädie-Schuhtechnik Lent, Bahnhofstraße 3; Pfau, der kreative Laden; Photographisches, Weingasse 7; R+V Versicherung Dietmar Weber, Lange Str. 48; Restaurant Dreier, Untermarkt 13; Salon für Kosmetik&Körperpflege, Karl-Kegelstraße 20a; Saxus, Nonnengasse 2; Schmuckkiste, Weingasse 4; Spielothek Las Vegas, Platz der Oktoberopfer 2; Stadtwerke Freiberg AG; Steini's Mineralienwelt, Herderstraße 6; Tattoo&Piercing Studio, Burgstraße 32; Zandi - Freiburger Porzellan, Zuger Straße 46; Zeitungsshop Haubold; Roter Weg 27; Zuger Autoservice, Knappenweg 3

## Trotz SoKo Rex und VS: Immer mehr Nazis

Vor Jahren konnte man in der Presse noch über mutige Einsätze des polizeilichen Sonderkommandos in Sachsen "SoKo Rex" lesen. Von nächtlichen Kontrollen an Nazi-Sammelpunkten wie Tankstellen und Bushaltestellen war die Rede. Das ganze Engagement, finanziert aus Steuermitteln der BürgerInnen, scheint nicht viel gebracht zu haben. Auch die selbstverantworteten Skandale scheinen der NPD in Sachsen nicht viel zu schaden. Laut Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung vom Dezember 2006 liegt die Nazi-Partei weiter bei sechs Prozent. Vor allem von den Jungwählern zwischen 18 und 29 Jahren bekommt die NPD demnach mit 17 Prozent überdurchschnittlich viel Zustimmung.





Schlagzeile im Wochenspiegel Mai 2003

## „Hier muss sich Freiberg mehr leisten können“

[fbÄ, pressemitteilung] Am 23. November 2006 sprach Pater Andreas Reichwein SJ vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) im Landkreis Freiberg/Sachsen mit dem Leiter der Ausländerbehörde, dem Ausländerbeauftragten des Kreises, zahlreichen Asylsuchenden und Geduldeten und etlichen ehrenamtlich im Bereich Asyl Tätigen. Der Besuch des Berliner Abschiebehaft - Seelsorgers fand auf Einladung von Kreisrat Jens Eberhard Jahn (Linke) und dem Brand-Erbisdorfer BrennPoint e.V. statt. Der katholische Flüchtlingsexperte stellte

fest, dass die psychischen Belastungen von Heimbewohnerinnen und -bewohnern ungleich größer seien als bei dezentral in Wohnungen untergebrachten Flüchtlingen. Auf Kinder und Jugendliche treffe dies verstärkt zu. Dezentral Untergebrachte erhalten auch im Kreis Freiberg Bargeld statt Sachleistungen an Lebensmitteln. „Das ermöglicht Ihnen, wesentlich günstiger und selbstbestimmter einkaufen zu können als über die Liste der Magazinversorger,“ so Pater Reichwein. Nach dem Scheitern eines Antrags des Freiburger Landratsamts an

die Sächsische Staatsregierung, die Sachmittelversorgung durch ein Chipkartensystem abzulösen, riet Reichwein, sich der erfolgreichen Dresdner Bargeldkampagne anzuschließen. Der Jesuit sprach sich in Übereinstimmung mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Agenda 21, des Freiburger Arbeitskreises Ausländer und Asyl und des Sächsischen Flüchtlingsrats dafür aus, Familien grundsätzlich dezentral unterzubringen sowie den Heimaufenthalt für

alle Flüchtlinge auf drei Jahre zu begrenzen: „Im Freiburger Heim habe ich unter anderem eine fünfköpfige Familie in anderthalb Zimmern leben sehen. Hier muss sich der Landkreis mehr leisten können. Eine solche Unterbringung entspricht wirklich nicht dem christlichen Menschenbild.“ Andreas Reichwein bemängelte abschließend, dass Abschiebehaftlinge in Sachsen gemeinsam mit Kriminellen in Gefängnissen untergebracht werden. Dies sei nicht hinnehmbar und ein Verstoß gegen die Menschenwürde.

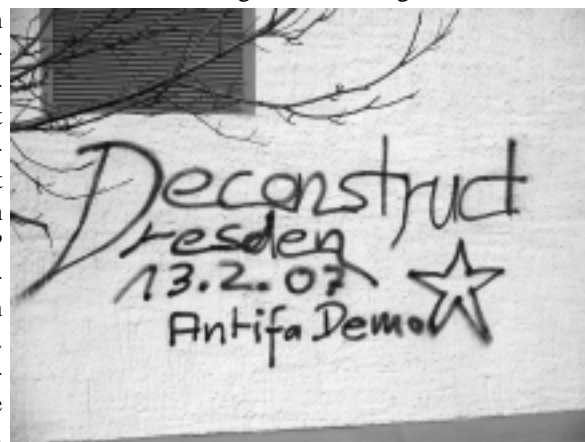
### Filmbesprechung

## Mein Führer: Helge Schneider

[mad] Die Weihnachtfilme sind gelaufen und die Sommerfilme noch nicht da, Zeit also für einen Lückenfüller. Thema dieses Jahr: „Herr Hitler“, die Witzfigur. Nachdem zunächst Geld für „Der Untergang“ zum Fenster rausgeschmissen wurde nähert sich das Filmestablishment den zwölf dunklen Jahren, wie der Faschismus gerne auch verniedlichend genannt wird, nun von Seiten der Komödie. Mensch fragt sich schon, ob die eingekauften Schauspieler wirklich für jedes noch so schlechte Drehbuch zu haben sind. Unter der Regie von Dani Levy mimt Helge Schneider „Den Führer“, Katja Riemann ist Eva Braun und Ulrich Mühe gibt die zweite Hauptfigur neben Hitler, den Schauspiellehrer Adolf Grünbaum. Da die Figur Grünbaum bereits früher mal in den Dreißigern „Herrn Hitler“ als persönlicher Trainer assistierte, soll er es erneut richten. Diesmal ist nämlich Not am Mann. Berlin liegt in Trümmern,

das Ende des Tausendjährigen Reiches ist -alliierte Truppen sei Dank- doch schneller gekommen als vom „Führer“ geplant und im Volk, so die Erzählstimme aus dem Off, glaubt auch niemand mehr an den „Endsieg“. Abhilfe soll so Goebbels ein großer Aufzug bringen, auf dem Hitler die treuen Volksgenossen aus ihrer Lethargie holen und damit das Ruder doch noch rumreißen soll. Eine Rede soll es werden, wie in den guten alten „Kämpferjahren“. Alles ist bereits organisiert nur ein Detail passt nicht ins Konzept der Organisatoren. „Der Führer“ hat Starallüren und ist einfach nicht gut drauf. Warum? Vermutlich wegen dem abzusehenden Ende vom „Großdeutschen Reich“. Grünbaum hilft ihm trotz anfänglicher Gewissensbisse dann doch. Immerhin soll,

so der Deal, ein ganzes KZ freigelassen werden, wenn Hitler in den verbleibenden Tagen bis zum Auftritt fit gemacht wird. Naja, so weit, so witzig. Eigentlich könnten einem die Macher dieses Filmchens wirklich leid tun. Die Tatsache, dass Hitler keine offensichtlich lächerlichen Aspekte hat, bzw. die mehr oder weniger verbreitete Assoziation: Hitler gleich Nazis gleich Holocaust,



legt die Latte für das Ziel, Hitler lächerlich zu machen, ziemlich hoch. In anderen Worten: an der Verharmlosung der faschistischen Verbrechen wird zwar nach Kräften auch mit filmischen Mitteln gearbeitet, aber noch ist es nicht so weit, dass mensch die „zwölf dunklen Jahre“ gleich ganz als etwas überzogenen Karnevalsscherz versteht. Insofern musste „Mein Führer – Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler“ einfach scheitern und der Versuch, etwas an den Nazis lächerlich zu machen, wie ein Bumerang zurückkommen auf diejenigen, die solche Filme machen. Nicht Hitler wird lächerlich gemacht, sondern der Film ist eine einzige langweilige Blamage für alle Akteure, sowohl vor als auch hinter der Kamera. Zwar haben Filmemacher hierzulande technisch einiges hinzulernt, aber beim Drehbuchschreiben klemmt es noch mächtig. Komödien gehen schlichtweg anders. Wer sowas mit simplen Schenkelklopfern versucht, kann gleich einpacken. Da gibt es Hitler den Bettnässer, Hitler den Versager im Bett, Hitler, den von seinen Untergebenen nicht mehr ernstgenommene. Levi, der nicht nur Regie führte, sondern auch das Drehbuch verfasste, ist der Meinung, dass Hitler als Witzfigur darstellbar ist. Das ist schlicht und ergreifend nicht der Fall und auch der gerne zitierte Kronzeuge Charlie Chaplin, der mit „Der große Diktator“ (1940) die Vorlage für eine Verbindung von Klamauk und Faschismus lieferte, ist nach eigenem Bekunden an dieser Aufgabe ge-

scheitert. Niemals, hätte er (Chaplin) einen solchen Film gemacht, wenn er um das volle Ausmaß der faschistischen Verbrechen gewußt hätte, so Chaplin nach dem Ende der Nazidiktatur. Wer sehen will, wie man Komödie und Faschismus fil-

misch verbinden kann, sei an „Zug des Lebens“ von Radu Mihaileanu verwiesen.

„Mein Führer – Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler“, Regie: Dani Levy, 95 min, bereits angelaufen.

## Aus dem Postkasten der Redaktion

### Rassistischer Angriff

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Studentinnen und Studenten!

Wie Sie vielleicht erfahren haben, kam es kurz vor Weihnachten zu tätlichen Übergriffen vermutlich rechter Jungendlicher auf ausländische Doktoranden der TU Bergakademie. Das Rektorat, das IUZ und der Arbeitskreis ausländischer Studenten beschäftigen sich seit dem mit dem Fall. Die Kriminalpolizei ist eingeschaltet, darüber hinaus haben erste Gespräche mit der Stadt Freiberg und dem Landkreis stattgefunden. Zurzeit ist ein gemeinsames Gespräch mit den genannten Institutionen und weiteren Vereinen und Initiativen in Vorbereitung. Die Kriminalpolizei bittet dringend darum, bei weiteren Vorkommnissen, in jedem Fall umgehend zur Polizei zu gehen, auch wenn sie „glimpflich“ verlaufen. Die Polizei nimmt den Fall zunächst vorläufig auf. Im Falle von ausländischen Betroffenen wird ein weiteres offizielles Protokoll dann in Anwesenheit eines vereidigten Muttersprachlers erstellt. Nur so kann die Polizei eingreifen und der Fall kann juristisch weiter verfolgt werden. Begleiten Sie Ihre ausländischen Studenten bzw. Kollegen zur Polizei! Bitte informieren Sie das IUZ und das Rektorat. Seit ihren Anfängen beruht die Exzellenz der Bergakademie und jetzi-

gen TU Bergakademie wesentlich auf der Kooperation mit dem Ausland und auf ihrer Internationalität. Ca. 10% der Studenten und fast 30% unserer Promovenden kommen aus dem Ausland. Dies sind zukünftige hochqualifizierte Partner, nicht nur für die TUBAF, sondern auch für die Technologie-Firmen im Freiburger Raum. Bitte helfen Sie mit, durch Gespräche und Taten am Arbeitsplatz und im Kreis der Freunde und Bekannten, die Aufenthaltsbedingungen für die ausländischen Studenten, Doktoranden und Gastwissenschaftler so angenehm wie möglich zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen  
Prof. Dr. Christoph Breitkreuz  
(Prorektor für Außenbeziehungen)

## Da vergeht einem das Lachen

*Die Blattmacher der "freien Presse" kennen ihre Welt. Sie wissen, wie "zehn nackte Neger angeben". Woher wissen die das bloß, fragt FreibÄrger-Leser Christian Walther und warnt vor dem gewöhnlichen Rassismus.*

Sachen zum Lachen  
Vaterfreuden

Paul gibt vor seinen Freunden an wie zehn nackte Neger: „Stellt euch vor, zu Hause habe ich Liebesbriefe in sechs verschiedenen Sprachen!“ - „Na und?“ meint Siggie - „...ich zahle Alimente in acht verschiedenen Währungen.“

„Was macht eigentlich deine Tochter, Heinz?“ - „Ach, die spielt im Moment die Fledermaus, Edgar.“ - „Wie bitte? Das verstehe ich nicht.“ - „Na, nachts flattert sie durch die Gegend und tagsüber hängt sie nur rum!“

Ein scharfer Zahn... AP

*Aus Freie Presse, Chemnitzer Zeitung, Dienstag, den 19. Dezember 2006, S. 19*



Die Tootsies (Serie)

## Erntezeit für das nimmersatte Prekariat

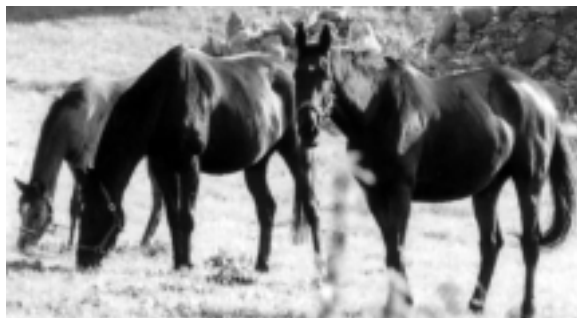
Kommissar Katzenhai saß an der Bar des Hotels "Preller" und beobachtete die ankommenden Gäste. Seine Praktikantin Paula Schneider saß links neben ihm. Ab und an musste sie auf Geheiß von Katzenhai ein Kreuz hinter dem Namen eines Gastes auf der Gästeliste machen. Der Sinn der dienstlichen Aufgabe erschloss sich ihr zunächst nicht. Nach einem Eingangslied vom Domknabenchor trug eine Studentin der Bergakademie ein Gedicht vor. Es war eine moderne Fassung vom "Steigerlied". Paula Schneider konnte nur ein paar Verse aufnehmen. "Glückauf Silicium" "Ist das Silber uns auch nicht mehr hold, Silicium Du bist unser neues Gold!" Die Begrüßungsansprache von Volker Nieheinz war mehr eine Pflichtübung und somit auch nicht zitierfähig. Die anwesende Vertreterin des Monopolblattes schrieb aber heftig mit. Immer, wenn sie ein Blick von Volker Nieheinz traf, errötete sie und drückte noch fester mit der Kugelschreibermine aufs Papier. Für die Presse war das Ergebnis des Buffets von vornherein ein kommunales Highlight und zum Aufmacher erkoren mit Extra-Foto und Kommentar vom lokalen Chefredakteur. Volker Nieheinz hatte gerade für seine ehrenwerte Gesellschaft das Buffet eröffnet als überraschend eine Gruppe von sieben Tootsies in das Hotel Preller stürmte und mit dem Ruf „Nimm dir, alles, was du willst“ begann inmitten des Buffets zu greifen, um sich die feinsten Leckereien in ihre Mäuler zu stopfen. Kommissar Katzenhai konnte gar nicht so schnell schauen, wie die Delikatessen von den Platten verschwanden. Volker Nieheinz lief rot an, fasste sich mit der rechten ans Herz und schrie wie von Sinnen: "Haltet die Verbrecher! Stopft Ihnen das Maul!" Seine Ex-Geliebte Monika Tigerente fing ihn kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch in ihren starken Armen auf. Als Kommissar Katzenhai endlich Verstärkung herbeirufen konnte, war der ganze Spuk vorbei. Das Buffet war so gut wie leer gefegt. Über die letzten Reste machten sich Chorbuben her. In einer Extra-Ausgabe schrieb Gabi Rosenfinger für die

„Freie Provinz“ folgende Notizen: "Als eine neue Aktionsform gegen den „Sozialabbau“ und gegen die „herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse“ wurde am Samstag bei einem Buffet des ehemaligen Verwaltungschefs Volker Nieheinz eine „Umsonstkampagne“ propagiert. Nun haben auch in Freiberg Personen aus dem linksextremistischen autonomen Spektrum eine neue Gruppe mit dem Namen „Freiberg umsonst“ gegründet. Unter den Parolen „Her mit dem schönen Leben!“ und „Alles für alle und zwar umsonst“ wurden am Samstag Kaviarschnittchen, Hummer, Champagner und andere Kostbarkeiten entwendet. Dem Stadtkämmerer wurde seine teure Rollex gestohlen. Diebstahl ist die Lebenswirklichkeit vieler Autonome.“ Natürlich hatte kein Tootsie die Rollex des Stadtkämmerers mitgehen lassen. Das war nicht ihr Stil. Hier vermutete die junge Praktikantin von Kommissar Katzenhai, Paula Schneider, einen klaren aber wohl nicht nachzuweisenden Fall von Versicherungsbetrug. Stadtkämmerer sind durchaus in der Lage gelegentlich auch ihre eigenen Finanzlöcher zu stopfen. Keiner der Überraschungsgäste von Volker Nieheinz' Bankett wurde je gefasst. Bereits Wochen später war diese dreiste Enteignungsaktion - wie die Tootsies sie nannten - kein Thema mehr in der prosperierenden Siliciumstadt. Kommissar Katzenhai hockte mit seinem Vorgesetzten Oberkommissar Harschie in der Polizeikaserne. Das eine und andere Relikt aus der Welt der Ost-



zone schmückte noch die Wände. Sehr gemütlich wirkte die Kantine nicht, aber hier gab es billigen Kaffee und es durfte noch geraucht werden. Oberkommissar Harschie zog eine nach der anderen durch. Kommissar Katzenhai hatte für gewöhnliche Rauchwaren nichts übrig. Er fing an Zoten zu reissen. "Von mir aus könnte es neben Parkautomaten noch GV-Automaten geben", fing er an zu plappern. "He, was haben Sie denn?" unterbrach ihn der Vorgesetzte und griff nach der nächsten aus der tschechischen Zigarettenschachtel. Er verstand kein Tschechisch und fand das auch ganz gut, ihm gingen die Todesdrohungen von den Zigarettenspackungen schon sehr lange auf den polizeilichen Geist. "Das wäre doch das beste, dass sich die Menschen gegenseitig ihre Liebesdienste bezahlen. Gibt doch nix mehr umsonst in dieser Welt, den Tod nicht, die Hochzeit und die Taufe nicht." Unterdessen hielten die Tootsies ein "Talkie-Walkie" im Muldetal. An den Ufern des immer noch reichlich mit Chemie durchsetzten Fluss-

ses hatten sie ihre Wagenburg aufgeschlagen. Mehr oder weniger phantasie- und lustvoll zu Wohnparadiesen ausgebauten Bauwagen und Eisenbahnwaggons bildeten ein vorübergehendes beinahe saisonales Zuhause. Sie trafen sich am abendlichen Lagerfeuer und besprachen die eher Utopie feindliche Zukunft. Natürlich erfanden sie das Rad nicht neu, aber so manche Idee aus alter Zeit wurde neu besprochen und erhielt einen zeitgemäßen Anstrich. Schwerpunkte bildeten die frage Suchende nach Formen des Miteinanders und das Problem der ökonomischen Absicherung der eigenen Existenzen. Am Schluss analysierten sie die Lage in der großen Kreis- und Bergstadt Freiberg. Punk-Tootsie berichtete von seiner Begegnung im Supermarkt von Wegdeka im Stadtteil Friedeburg.



Übereinstimmungen mit realexistierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

### Der kleine Lesetipp am Rande



### Am Meer

Grinsend und benommen steh ich hier  
Schau hinaus auf das weite Meer  
Meine Sehnsucht zerreißt mich  
Doch das ist gut  
Ich will an ihr verbrennen  
Immer und immer wieder

Das zeigt mir, dass ich lebe  
Dass ich hier richtig bin

Wenn ich hier stehe  
Den weiten Horizont sehe  
Fhl ich mich frei  
Fhl mich so lebendig  
So viel hinter mir und noch soviel vor mir  
Sicher nicht nur schönes  
Aber ich werde alles schaffen  
Nur um immer und immer wieder hier zu stehen  
Hier am Meer

Tina Reuter (20) hat ihrem bisherigen Leben einen lyrischen Ausdruck gegeben. Wer Interesse an dem Gedichtband hat, kann sich an die Redaktion wenden!

## Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?



T	O	R	E
L	M	G	N
S	I	N	A
E	T	O	N

### Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wrter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wrter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstrae und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 53 gewann Uwe T. aus Freiberg. Herzlichen Glückwunsch, viel Spa beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"

**Impressum** V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Grnitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.